

Prendre la parole – Das Wort ergreifen

Jüdische Stimmen im deutsch-französischen Erinnerungsdiskurs der 1970er-Jahre*

Wie hat die Shoah als kollektiv-biografische Erfahrung der jüdischen Minderheit Eingang in den öffentlichen Erinnerungsdiskurs gefunden? Wer ergriff wann das Wort und was wurde gesagt? Wurde den Stimmen der jüdischen Überlebenden und ihrer Kinder Gehör geschenkt? Welche Blockaden gab es aufseiten der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft?

Die Herausbildung eines historischen Bewusstseins über die Shoah in den 1970er-Jahren war keineswegs nur eine deutsche Angelegenheit, sondern ein globales Thema. Erinnerungsdiskurse entwickelten sich im Kontext transnationaler Beziehungsgeschichten und im Spannungsfeld von jüdischer Minderheitenperspektive und nichtjüdischer Mehrheitsgesellschaft. Frankreich und die französischen Juden spielten dabei eine ganz besondere Rolle.

Das Ehepaar Serge und Beate Klarsfeld brachte diese verschiedenen Hintergründe und Geschichten zusammen. Ihr entschiedenes und dauerhaftes Engagement für die Aufarbeitung von NS-Verbrechen, gegen alle Blockaden, war einzigartig. In Deutschland wurden Hinweise auf NS-Täter schnell als „aus östlichen Quellen“¹ gespeiste Kritik abgetan, ohne dem Sach- und Wahrheitsgehalt solcher Äußerungen nachzugehen. In Frankreich identifizierte man sich mit der Résistance und wollte von der Kollaboration nichts wissen.

Das Wissen über den Völkermord änderte sich erst in den 1970er-Jahren, als Shoah-Überlebende und ihre Kinder aus Frankreich mit ihrer Aufklärungskampagne über NS-Täter in Deutschland an die Öffentlichkeit traten. Zu dieser Zeit verschoben sich auch die nationalen Stereotype über Deutschland und Frankreich, die sich noch aus der Geschichte beider Länder lange vor dem Zweiten Weltkrieg herleiteten.²

*Anne Klein, *Prendre la parole – Das Wort ergreifen. Jüdische Stimmen im deutsch-französischen Erinnerungsdiskurs der 1970er-Jahre*, in: dies. (Hg.), *Der Lischka-Prozess. Eine jüdisch-französisch-deutsche Erinnerungsgeschichte. Ein BilderLeseBuch*, Berlin: Metropol Verlag 2013, S. 225-241. (Der Artikel ist nicht durchgängig gedendert, es wird darum gebeten, die weibliche und andere Formen mitzudenken.)



Die französischen Demonstranten der F. F. D. J. F. bei ihren Protesten in Köln.

Die französischen Demonstranten fordern Gerechtigkeit.

▲ Im Anschluss an die Demonstrationen in den Kölner Straßen besuchen die französischen Juden einen Gottesdienst in der Kölner Synagoge in der Roonstraße.

Fotos: Heinz Humbach für die VVN/Bund der Antifaschisten

Französische Zivilcourage versus deutscher Gehorsam?

Nach dem deutschen Überfall auf Frankreich im Mai 1940 und dem nachfolgenden Waffenstillstandsabkommen waren zwei Drittel des Landes im Norden und Westen bis Bordeaux von der deutschen Militärregierung besetzt. Im Süden hatte sich im Kurort Vichy unter Marschall Pétain ein mit den Nationalsozialisten kollaborierendes Einparteienregime etabliert. Noch vor der deutschen Besetzung des Südens im November 1942 wurde auch von hier die jüdische Bevölkerung deportiert, ebenso wie aus dem besetzten Nordteil des Landes. Ausgehend vom Sammellager Rivesaltes in der Nähe der spanischen Grenze fuhren die Deportationszüge über Drancy bei Paris bis in die Vernichtungslager Auschwitz und Sobibór. Mit über 3000 Kilometern handelte es sich, abgesehen von den Zügen aus Griechenland, um den längsten Deportationsweg in Europa.

Frankreich zeichnete sich zugleich durch eine starke Widerstandsbewegung aus, die Résistance. Große Teile der französischen Bevölkerung kämpften gegen den Faschismus, nicht nur unter de Gaulle, der von London aus zum Widerstand aufgerufen hatte, sondern auch in relativer Selbstorganisation von bürgerlichen bis hin zu kommunistischen Kräften im Land selbst. Aufgrund der in der Bevölkerung gut verankerten Hilfeleistung für Verfolgte konnten mehr als drei Viertel der 330 000 offiziell registrierten Juden in Frankreich vor den Deportationen gerettet werden.³ 76 000 jüdische Menschen wurden deportiert; meist diejenigen, die über keinen französischen Pass verfügten. Nach Auschwitz verschleppt wurden schließlich auch circa 11 000 Kinder aus Migrantenfamilien, die *qua* Geburt französische Staatsbürger waren und daher von ihren Eltern, die keinen französischen Pass besaßen, bei deren Deportation getrennt und in Frankreich behalten worden waren.⁴

Juden gehörten zur französischen Gesellschaft, wenngleich es Antisemitismus gab und ausländischen Juden auf den Ämtern mit Vorurteilen und Schikanen begegnet wurde. Im Grunde aber konnten die Franzosen nicht verstehen, warum ganz normale Menschen wie sie selbst aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen werden sollten. „Ravet, Michel (19-10-1921) Franzose, kaufmännischer Angestellter, trug am 10. Juni 1942 ein Abzeichen mit der Inschrift ‚Goi‘.“⁵ Dieses Zitat ist einem polizeilichen Dokument aus Frankreich entnommen, das nach dem Krieg in den Unterlagen der Abteilung für Judenfragen des ehemaligen Generalgouvernements gefunden wurde. Das Dokument listet die Namen von 15 Personen auf, die angeblich „parodistische Imitationen des Judensterns getragen haben“. Demnach hatten nichtjüdische Franzosen gelbe Rosen und gelbe Sterne mit eingestickten Kreuzen, mit der Inschrift „Swing“ oder „Boudhist“ oder diverse andere „Nachahmungen der Judensterne“ an ihre Reverse gesteckt.⁶ Auch wurden Hunde mit einem Judenstern am Halsband gesehen. Drei Tage zuvor, am 7. Juni 1942, war die vom deutschen Militärbefehlshaber in Frankreich im Mai des Jahres erlassene achte antijüdische Verordnung in Kraft getreten, die von Juden das Tragen des sogenannten Judensterns in der Öffentlichkeit verlangte.⁷ Die französische Bevölkerung reagierte mit unmissverständlicher Ablehnung. Die erwähnten kreativen Buttons sollten nicht nur die gesetzliche Anordnung ins Lächerliche ziehen, sondern waren direkter Ausdruck der Solidarität mit den bedrohten Juden. Die genannten Beispiele waren keineswegs Einzelfälle. Die französische Gesellschaft ließ sich den Antisemitismus

nicht einfach verordnen. Im Gegenteil! Ihre Empathie und Zivilcourage gingen offensichtlich so weit, dass SS-Hauptsturmführer Luther aus Bordeaux widerwillig berichtete, dass die „breite Masse [...] durchweg Stellung für die Juden [nimmt], indem sie ‚die armen Juden‘ bedauert. [...] das Mitleid geht sogar so weit, daß man auf den Straßen vermeidet, sie durch auffälliges Ansehen zu provozieren.“⁸

Während in Frankreich also nach dem Krieg eine Zivilgesellschaft von Menschen vorzufinden war, die sich selbstverantwortlich und couragiert gegen die unmenschlichen Handlungsanforderungen ihrer Regierung gestellt hatten, bedurfte es in Deutschland in großem Maßstab der „Umerziehung“ von treuen Nazi-Untertanen zu verantwortungsbewussten Bürgern einer Demokratie. Dass Widerstand zu leisten ein Recht war und in Zeiten, in denen der Staat Recht zu Unrecht erklärt, sogar zur Pflicht wurde – diesen demokratischen Leitgedanken der Weimarer Republik hatte der Nationalsozialismus in den Köpfen der meisten Deutschen aus- gelöscht. Der demokratisierende Einfluss des *Reeducation*-Programms ließ nach Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 und der wenige Jahre später erlangten politischen Souveränität der Bundesrepublik schnell wieder nach. Es gab zwar weiterhin Debatten um die Schuldfrage, um Amnestie und Wiedergutmachung, aber Wiederaufbau und Wirtschaftswunder erforderten Zukunftsorientierung, und unnötiges Grübeln stand dem nur im Wege. Insbesondere Aufklärung über personelle Kontinuitäten war nicht erwünscht, wie der Historiker Norbert Frei in seiner Analyse der „Vergangenheitspolitik“ der 1950er-Jahre betont.⁹

Zwar zeigten der Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958 und die nachfolgende Einrichtung der Ludwigsburger *Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen* deutlich, dass die NS-Gewalttaten ein vordringliches Thema der Justiz hätten sein müssen. Aber angesichts der sich zuspitzenden Ost-West-Konfrontation gab es wenig Grund zum Optimismus. Der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer gab daher seine Kenntnisse über den Aufenthaltsort Eichmanns vorsichtshalber an die israelische Regierung weiter, die den Organisator der „Endlösung“ aus Argentinien entführen ließ und ihn 1961 in Jerusalem vor Gericht stellte.¹⁰ Im selben Jahre wurde in Ost-Berlin mit dem Bau der Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland begonnen. Der Kalte Krieg erreichte seinen ersten Höhepunkt. Im Westen entstand eine feindselige Kälte gegenüber dem „anderen“, dem kommunistischen Deutschland, was nicht ohne Folge für die Gestaltung des eigenen sozialen Miteinanders bleiben konnte.

Die aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrten Theoretiker der Frankfurter Schule, Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, wiesen darauf hin, dass die „barbarische Beziehungslosigkeit“¹¹ und der „autoritäre Charakter“¹² als zentrale Charakteristika des Faschismus mit Ende des NS-Regimes nicht einfach abgeschafft waren, sondern weiterwirkten. Aber solche Analysen fanden nur zögerlich Eingang in das allgemeine Bewusstsein. Der Mehrheitsbevölkerung in der Bundesrepublik waren diese intellektuellen Überlegungen nicht wirklich zugänglich, und sie hätte angesichts des beschädigten Selbstwertgefühls eine derartige Kritik wohl auch kaum vertragen. Die politische Klasse hingegen, die ja durchaus Zugang zu Bildung hatte, war keineswegs bereit, die Kontinuität in den eigenen Reihen zu thematisieren. So wurde der Antisemitismus rechtsextremen Gruppierungen zugeordnet, Elitenkontinuität toleriert und die Mitte der Gesellschaft entlastet.

Adorno beurteilte aufgrund dieser verbreiteten Verantwortungsabwehr „das Nachleben des Nationalsozialismus *in* der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen *gegen* die Demokratie“.¹³

Beate und Serge Klarsfeld

Als sich Serge Klarsfeld und Beate Künzel 1960 in Paris trafen, brachten sie verschiedene Erinnerungswelten mit. Die deutsche Nichtjüdin und der französische Jude rumänischer Herkunft wurden ein Liebespaar und beschritten von da an den weiteren Lebensweg zusammen. Sie begannen, eine historische Angelegenheit von großer politischer Bedeutung aufzuarbeiten, die beide auf unterschiedliche Weise betraf und die beide nun miteinander verband. Ihr Ziel war es, die für die Deportation der Juden aus Frankreich verantwortlichen NS-Täter vor Gericht zu bringen. In Deutschland gab es keine organisierte jüdische Interessenvertretung, die sich aktiv für die strafrechtliche Verfolgung von NS-Tätern eingesetzt hätte. Die Ereignisse im Vorfeld und rund um den Lischka-Prozess wurden von Juden aus Frankreich angestoßen.

Seitdem Beate Klarsfeld mit der Ohrfeige gegen Bundeskanzler Kiesinger Aufsehen erregt hatte, fanden immer mehr Aktionen französischer Shoah-Überlebender und ihrer Kinder in Deutschland statt. Die in Sachen strafrechtliche Verfolgung von NS-Tätern an den Tag gelegte Hartnäckigkeit der jungen Deutschen, die mit ihnen demonstrierten, rührte unter anderem daher, dass sich für Beate Klarsfeld in Paris ein völlig neuer Blick auf die Zeitgeschichte eröffnet hatte. Sie war 1940 in Berlin geboren, in einer durchschnittlichen deutschen Familie, mit einem Vater, der bei der Wehrmacht war. Nach Ende des Krieges wuchs sie in beiden deutschen Staaten auf, ohne trennende Mauer und politische Berührungängste. Diese freie Kindheit und Jugend hätten sie in ihrem politischen Engagement geprägt, so erzählte sie später, und hier sei auch die Basis gelegt worden für ihr Misstrauen gegenüber alten und neuen Nazis.¹⁴ Zwar erschien ihr der „verordnete Antifaschismus“ der DDR nur begrenzt stimmig, aber doch bedenkenswerter als das im Westen vorherrschende „kommunikative Beschweigen“¹⁵ der NS-Vergangenheit.

In Paris verliefen dann die Konfliktlinien ohnehin ganz anders. Als Beate Künzel hier 1960 ihren späteren Ehemann Serge kennenlernte, sprach man zwar auch hier nicht unbedingt von der Shoah. Aber inmitten der antikolonialen Kämpfe, die von den Migranten aus dem Maghreb in die Hauptstadt getragen und dort von der Polizei massiv unterdrückt wurden, fanden immer wieder Gedenkfeiern für die gaullistische Résistance statt. Diese wurden nicht nur von kommunistischen Widerstandskämpfern kritisch beäugt. Auch die überlebenden Juden mussten schmerzhaft feststellen, dass ihr Engagement im Widerstand und ihr Schicksal in den Vernichtungslagern tabuisiert wurden. Serge Klarsfeld, dessen Vater aus Nizza deportiert und in Auschwitz ermordet worden war, empfand es auch aufgrund seiner biografischen Erfahrung als seine Aufgabe, den NS-Völkermord aufzuklären. Dass es dabei vor allem um die Deportation der Juden aus Frankreich und die Täter aus Deutschland gehen musste, lag auf der Hand. Dem Jura- und Geschichtsstudenten war schnell klar, dass sich die deutsche Justiz nicht von selbst bewegen würde,

sondern es vielmehr eines langen Atems bedurfte. Es galt also zunächst, Informationen zu beschaffen, die als Beweise gegen Angeklagte in NS-Prozessen dienen könnten, zweitens mussten die in Frankreich aktiv gewesenen NS-Täter ausfindig gemacht werden, und drittens war es notwendig, die jüdischen Überlebenden und ihre Kinder in Frankreich von der Notwendigkeit zu überzeugen, spektakuläre Aktionen gegen ehemalige NS-Täter in Deutschland durchzuführen. An Selbstbewusstsein mangelte es den französischen Juden nicht, die anders als die deutschen Juden und trotz des auch in Frankreich existierenden Antisemitismus als Teil der französischen Gesellschaft angesehen wurden.

Jüdische Stimmen aus Frankreich

Paris wurde im Mai 1944 von der Bevölkerung mit Unterstützung kleinerer Résistance-Komitees befreit. Die Deutschen hatten fluchtartig ihre Büros verlassen und dabei wichtiges Aktenmaterial vergessen, das von jüdischen Widerstandskämpfern aufgefunden und archiviert wurde. Das *Centre de Documentation Juive Contemporaine* (CDJC) war 1943 noch im Untergrund mit dem Ziel gegründet worden, die Verfolgung der Juden in Frankreich zu dokumentieren.¹⁶ Jüdische Widerstandskämpfer und Überlebende waren also ganz direkt an der Gestaltung der Nachkriegssituation beteiligt. Die Situation der Juden in Frankreich war nach dem Krieg nicht hoffnungslos: Die jüdische Gemeinde war mit 180 000 Mitgliedern, unter ihnen 20 000 Flüchtlinge, die zweitgrößte in Europa. In den nächsten drei Jahren kamen weitere 35 000 Menschen hinzu, zum einen aus den Lagern für *Displaced Persons*, zum anderen diejenigen, die versteckt überlebt hatten. Jüdische Organisationen verschiedener Richtungen bildeten den *Conseil Représentatif des Institutions Juives de France* (CRIF), der sich die Wiedererlangung des geraubten Eigentums, die Unterstützung der Flüchtlinge und die Sorge um die Waisen und „adoptierten“ Kinder zur Aufgabe machte. In den 1950er- und 1960er-Jahren wuchsen die jüdischen Gemeinden durch den Zustrom Hunderttausender Juden aus dem Maghreb, die während der Unabhängigkeitskämpfe aus Algerien, Marokko und Tunesien flüchteten.

Diese Stärke des jüdischen Lebens bildete die Basis für das politische Selbstverständnis der französischen Juden, die sich als Teil einer internationalen Diaspora-Kultur verstanden. Dass die Erfahrung der Shoah in dieses Selbstbild integriert werden musste, zeigte sich zunehmend in der zweiten und dritten Generation. Zunächst wurde über diese Erinnerungen geschwiegen, auch wenn es niemanden gab, der oder die von den Ereignissen unberührt geblieben war. Der Schriftsteller und Regisseur Robert Bober, der zwischen 1947 und 1953 zunächst als Lehrling, dann als Zuschneider in mehreren Schneidereien in Paris arbeitete, erzählt in seinem aus der Ich-Perspektive verfassten Roman „Was gibt's Neues vom Krieg?“ von den Nachwirkungen der Shoah-Erfahrung im Alltag. Sein Alter Ego im Roman, Maurice Abramowicz, wird von einem jüdischen Arbeitskollegen „Abramauschwitz“ genannt, was alle zum Lachen bringt – außer Madame Andrée, die vor Schreck erstarrt. Als im Radio ein Chansonnier die Situation in den Konzentrationslagern zynisch kommentiert, schlägt die Stimmung bei allen um. Niemand in der Schneiderei sagt mehr etwas.

Dieses eindringlich beschriebene Zusammensein jüdischer Shoah-Überlebender in einer Pariser Schneiderei direkt nach Kriegsende zeigt, wie beklemmend die Situation von den Überlebenden empfunden wurde und wie schmal der Grat zwischen Lebensfreude, Ironie und Verletzlichkeit war. Deutlich wird vor allem, dass es einen Unterschied macht, wer etwas sagt, und wie und in welchem Kontext etwas gesagt wird. Makabre Anspielungen auf die Vergangenheit im Lager dürfen nur von Juden geäußert werden; sobald in der Öffentlichkeit das Trauma angerührt wird, verstummen alle. Dass dieses Schweigen auch Ausdruck der Scham ist, sich an die erlebte oder mitangesehene, unmenschliche Erniedrigung zu erinnern, haben viele Shoah-Überlebende in Zeitzeugeninterviews und literarischen Texten bestätigt.

„Erschlagen von der Erinnerung an das, was wir nicht erlebt hatten“ – mit diesen Worten beschreibt Alain Finkielkraut das Lebensgefühl der 1968er-Generation, darunter vieler Kinder aus jüdischen Familien.¹⁷ Auch die jungen Juden, die den Krieg als Kinder im Versteck in Frankreich überlebten, machten irritierende Erfahrungen. Dass sie meist unter falschem Namen in Familien aufgenommen worden und/oder unfreiwillig zum Christentum konvertiert waren, war nach dem Krieg kein öffentliches Thema. Für diese zweite Generation begann mit der Studentenbewegung eine intensive, vielfach schmerzhaft und aufregende Zeit der Suche nach der eigenen Identität. Die französische Gesellschaft, die sich in großen Teilen mit dem Widerstand gegen die Deutschen identifizierte, war nicht bereit, den Leidensgeschichten der Juden besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Der gaullistische *Fédération Internationale Libre des Déportés et Internés de la Résistance* (FILDIR, Bund der Deportierten und Internierten des Widerstands) nahm nur Widerstandskämpfer auf, und auch beim kommunistisch orientierten *Fédération Nationale des Déportés et Internés, Résistants et Patriotes* (FNDIRP, Bund der deportierten und internierten Widerstandskämpfer und Patrioten) wurden die durch die antijüdischen Gesetze Verfolgten nicht per se, sondern nur nach gesonderter Diskussion der Leitung zugelassen.¹⁸ Es war weitestgehend gelungen, die angeblich nur durch die deutsche Herrschaft unterbrochene Vergangenheit durch ein nationales Résistance-Narrativ zu ersetzen, aus dem die Erfahrungen der Juden sowohl als Verfolgte und Opfer der Deportationen wie auch als Widerstandskämpfer weitestgehend ausgeklammert blieben.

Erst als der Résistance-Mythos durch den Tod de Gaulles im November 1970 endgültig zu bröckeln begann, meldeten junge Juden verstärkt ihre Ansprüche auf Anerkennung ihrer spezifischen Herkunfts- und Familiengeschichten an. Bereits während der Maiunruhen 1968 hatten die gegen Daniel Cohn-Bendit gerichteten Repressionen direkte Erinnerungen an die Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus wachgerufen. Parolen wie „Cohn-Bendit à Dachau“¹⁹ und „Nous sommes tous des juifs allemands“ („Wir sind alle deutsche Juden“)²⁰ drückten die Solidarität junger Franzosen mit dem deutschen Juden aus, der während des Zweiten Weltkriegs im südfranzösischen Montauban geboren worden und nun in der Studentenbewegung aktiv war. Doch „der eigentliche Bruch“²¹ in der Erinnerungskultur fand nach Henry Rousso erst in den Jahren zwischen 1975 und 1987 statt. Neben den Kampagnen der Klarsfelds, die vor allem in Deutschland stattfanden, aber über Presse und Fernsehen international bekannt wurden, können Entwicklungen in Frankreich in drei Bereichen genannt werden, die das öffentliche Gedenken in

Richtung einer zunehmenden Wahrnehmung der Shoah veränderten. Zum einen machten jüdische Immigranten, die während der Résistance in der Kommunistischen Partei Frankreichs organisiert gewesen waren, seit der Krise der kommunistischen Regime in den 1970er-/1980er-Jahren ihre Geschichte öffentlich.

Die Mitglieder der *Main d'Œuvre Immigré* (MOI) hatten im Widerstand zwar an vorderster Front gekämpft, eine Anerkennung dieses Engagements war nach der Befreiung vom Nationalsozialismus jedoch völlig ausgeblieben. Stattdessen hatte die Kommunistische Partei die Lorbeeren für sich verbucht und über Antisemitismus, Kollaboration und die Deportationen nicht weitergesprochen. Zum anderen änderten sich das öffentliche Gedenken und das vermittelte Wissen über den Zweiten Weltkrieg in den 1980er-Jahren so rasant wie nie zuvor. Dazu trugen verschiedene Faktoren bei, wie beispielsweise der Film „Shoah“ von Claude Lanzmann, der zwischen 1985 und 1987 gedreht wurde, die deutsch-französische Schulbuchkommission, die die Vermittlung der Shoah in der Schule für dringend geraten hielt, und die Bewegung *SOS Racisme*, die generell gegen Diskriminierung Stellung bezog, aber auch Verbrechen gegen die Menschheit und Menschenrechte thematisierte.²²

Letztlich transformierte sich der Status der Juden von Opfern der Shoah in Subjekte der Zeugenschaft im Vorfeld und während des Prozesses gegen Klaus Barbie. Der deutsche „Schlächter von Lyon“, Klaus Barbie, war 1983 von der bolivianischen Regierung an Frankreich ausgeliefert worden, auch infolge der Bemühungen des Ehepaars Klarsfeld. In dem Prozess ab Mai 1987 konnten sich dann erstmalig die Deutungsmuster der jüdischen Überlebenden gegen die der französischen Widerstandskämpfer durchsetzen.²³ War es in Frankreich auch in juristischer Hinsicht bislang vor allem um die Geislerschießungen durch die Deutschen oder die Zwangsarbeit von Franzosen in Deutschland gegangen, so standen nun erstmalig die Deportationen der Juden und der Völkermord im Zentrum der Aufmerksamkeit. Damit war auch die Frage nach der französischen Kollaboration aufgeworfen, die in der Folge des Prozesses gegen Klaus Barbie und insbesondere nach 1995 zu einem beherrschenden Thema der Geschichtsforschung werden sollte.

Jüdische Stimmen aus Deutschland

In den 1950er- und 1960er-Jahren bis 1989 pendelte sich die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen jüdischen Glaubens auf etwa 20 000 bis 30 000 ein.²⁴ Wenn man bedenkt, dass 1933 allein die Kölner jüdische Gemeinde als fünftgrößte Kultusgemeinde in Deutschland circa 15 000 Mitglieder vereint hatte und insgesamt ca. 500 000 Juden in Deutschland gelebt hatten, so erhält man einen Eindruck davon, welches Grauen und welchen Verlust der nationalsozialistische Völkermord in den jüdischen Gemeinden in Deutschland angerichtet hat. Die meisten Überlebenden konnten sich nach Ende des Krieges nicht vorstellen, jemals wieder deutschen Boden zu betreten. Diejenigen, die aus verschiedenen Gründen dennoch in Deutschland lebten, beschrieben vielfach das Gefühl, auf gepackten Koffern zu sitzen und bald nach Israel auswandern zu wollen. Faktisch geschah das meistens nicht. Vielmehr arrangierte man sich mit den Gegebenheiten, auch wenn es

befremdlich erscheinen musste, möglicherweise Tür an Tür mit ehemaligen Tätern zu wohnen. Freundschaften zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen waren selten und entstanden eher unter den Kindern, falls diese gemeinsam auf- wuchsen, was durch die konfessionelle Trennung nicht immer der Fall war. Viele Kinder dieser sogenannten zweiten Generation gingen in den 1970er-Jahren auf der Suche nach einem Zuhause, das sie in Deutschland nicht finden konnten, für kürzere oder längere Zeit nach Israel.²⁵

Trotz oder gerade auch wegen der Erfahrungen von Gewalt und Verlust waren viele jüdische Überlebende von der Bereitschaft zur Versöhnung geleitet.²⁶ Die Repräsentanten der Gemeinden und des *Zentralrats der Juden in Deutschland* strebten nach einem Ausgleich mit der deutschen Regierung. Mit der Ära Konrad Adenauer setzte eine Gesetzgebung zur sogenannten Wiedergutmachung ein, die im Wesentlichen eine finanzielle Kompensation der durch das „Dritte Reich“ Geschädigten vorsah. Der israelische Staat wurde unterstützt, daneben gab es individuelle Entschädigungen, wenn man einen Wohnsitz in Deutschland nachweisen konnte. Nicht wenige Juden lehnten diese Form des Umgangs mit der Vergangenheit als „Blutgeld“ ab. Andere kamen jedoch nach Deutschland, um die in Aussicht gestellten Entschädigungszahlungen in Anspruch zu nehmen. Sie gingen davon aus, dass ehemalige Täter und Profiteure einsichtig waren, sozusagen im staatlichen Auftrag Verbrechen begangen zu haben.

Dokumente und Interviews zeigen jedoch, dass vielen Überlebenden in den Entschädigungs- und Restitutionsverfahren nicht geglaubt wurde und sie ihren geraubten Besitz nicht zurückerhielten. Vielmehr mussten sie Beweise beibringen, was sie oft nicht konnten, und sich dabei immer wieder mit dem vergangenen Leid konfrontieren. In einem ungeheuren Kraftakt bewältigten sie diesen „Seelenmord“, wie der Psychologe William G. Niederland die erneute Herabsetzung einmal bezeichnete.²⁷ Viele Juden in Deutschland zogen sich in ihre Gemeinden zurück, um hier Sicherheit und Kraft für den Alltag zu finden. Der Mehrheitsgesellschaft kam ihre Zurückhaltung ganz gelegen, denn sie war notwendig für die Verdrängung der eigenen Verantwortung für den Völkermord. Das Bild des Juden als „ewiges Opfer“ oder als gar nicht existent konnte auf diese Weise lange Zeit vergleichsweise unhinterfragt aufrechterhalten werden.

Die von jüdischen Überlebenden aus Frankreich offensiv vorgebrachte Forderung nach einer Bestrafung der NS-Täter stellte daher auch für die Juden in Deutschland eine Provokation dar.²⁸ Beate Klarsfeld hatte bereits mit der Ohrfeige gegen Kiesinger Aufsehen erregt. Die große Stunde der „Nazijägerin“ begann kurze Zeit später mit dem Kampf um die Unterzeichnung und Ratifizierung des Zusatzabkommens zum Überleitungsvertrag.²⁹ In den folgenden zehn Jahren bis zum Prozess gegen Lischka, Hagen und Heinrichsohn vor dem Kölner Landgericht im Winter 1979/80 initiierten die Klarsfelds immer wieder spektakuläre Aktionen, um Justiz und Politik zur Anklage von NS-Tätern zu bewegen. Köln war einer der Hauptaktionsorte für das Ehepaar Klarsfeld, denn hier wohnte der ehemalige Obersturmbannführer Kurt Lischka. Im Juli 1974 verurteilte das Kölner Landgericht Beate Klarsfeld wegen der versuchten Entführung Lischkas im März 1971 zu zwei Monaten Gefängnis.³⁰ Der Vorsitzende Richter Dr. Victor Henry de Somoskeoy führte das Verfahren mit der „Sensibilität einer Kreissäge“, ³¹ wie Henryk M. Broder

Rechtsanwalt Hartmann nach seinem Plädoyer:

Zwei Momente haben mich besonders betroffen und bestürzt: als die Staatsanwaltschaft „mildernd“ berücksichtigte, die Angeklagten hätten sich vor und nach dem Krieg nichts zu schulden kommen lassen und seien ansonsten als „willfähige Werkzeuge“ lediglich „verstrickt“ gewesen. Das zweite Mal, als sich die Verteidigung durch den Verfahrensverlauf ermutigt fühlte, mir eine Beleidigungsklage anzudrohen, weil ich es gewagt hatte, auf weitere Untaten des Angeklagten Lischka hinzuweisen. Und beide Male war es die unsichere Reaktion der Beteiligten und Beobachter, die mich besonders irritierte. Lischka „verstrickt“ und ansonsten ein Ehrenmann? An diesem grotesken Punkt wurde schlagartig deutlich, daß die Frage nach der Wahrheit dieses Prozesses noch gar nicht gestellt, geschweige denn beantwortet wurde.

Dieser Prozeß hat historische Dimensionen. Wahrheitsfindung heißt hier: Offenlegung der historischen Wahrheit. Es ist die Wahrheit über unsere Eltern, die Opfer und die Mörder. Es ist die Wahrheit über die beamteten höheren Organisatoren und Sachbearbeiter der Vernichtung: die Organisatoren des reibungslosen Transports, die Architekten der KZs, die Richter des Volksgerichtshofs und anderer Gerichte, die Verwalter der öffentlichen „Sicherheit und Ordnung“; Über die Karrieren all dieser ordentlichen, gewissenhaften Leute, die in der Bundesrepublik zum Teil beschämend unbehelligt und „ehrenhaft“ fortgesetzt werden konnten: als Manager (wie Lischka), Lehrer, Richter, Bürgermeister (wie Heinrichsohn).

Ohne die genaue Nachzeichnung dieser Karrieren der Angeklagten wird uns nicht nur unsere eigene Geschichte einmal wieder gestohlen, sondern die Wahrheit der Opfer verfälscht: vom Verbrechen einer Gesellschaft zur Wahnsinnstat der Einzelnen und ihrer Werkzeuge. Das gilt für die über 70.000 ermordeten französischen Juden ebenso wie für die mehr als 6.000 jüdischen Deutschen und über 100 jüdischen Kölner, für die die Familie Schwarz stellvertretend steht. Wolfgang Schwarz, Opfer der Karriere Lischkas über die französische Zeit hinaus, hat sein Schicksal gegenüber den französischen Opfern nicht hervorheben, sondern als Beleg verstanden wissen wollen. Er bedauert, daß der letzte Satz meines Plädoyers nicht mehr verlesen werden konnte.

Die *Freie Jüdische Stimme* druckte einen Auszug aus dem Plädoyer des Vertreters der Nebenklage, Rechtsanwalt Detlef Hartmann, ab.

Freie Jüdische Stimme Nr. 6, Februar 1980, S. 4.

schrieb. Somoskeoy sperrte die Öffentlichkeit beim Prozess immer wieder zum Teil oder völlig aus und zog sich damit die heftige Schelte vieler bekannter Juristen zu, unter anderem des ehemaligen Justizministers von Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Josef Neuberger. Wegen übler Nachrede, Beleidigung und Verleumdung zeigte der unbelehrbar autoritäre Somoskeoy von *Spiegel* bis *Rote Hilfe* jedoch alle an, die auch nur versuchten, ihn zu kritisieren.³²

Somoskeoy war für den Journalisten Henryk M. Broder ein rotes Tuch. Broder war 1946 in Kattowice als Sohn polnisch-jüdischer Eltern geboren und 1958 nach Deutschland gekommen. Gemeinsam mit der Lehrerin Gertrud Seehaus und dem Journalisten Peter Finkelgruen,³³ beide auch als Schriftsteller tätig, gab er in Köln von Juli 1979 bis Dezember 1980 in zehn Ausgaben die *Freie Jüdische Stimme* heraus. Die Beiträge der Zeitschrift richteten sich gegen faschistische Kontinuitäten und waren oft mit einem bissigen, nahezu böartigen Humor unterlegt. Geschrieben wurde auch gegen den neuen linken Antisemitismus, den Broder wie zahlreiche andere jüdische Intellektuelle seit der Entebbe-Entführung im Jahr 1976 heftig kritisierte.³⁴ In der sechsten Ausgabe der *Freien Jüdischen Stimme* wurde in einem längeren Bericht über den Lischka-Prozess ein Dokument abgedruckt, das für die Frage nach der Täter-Opfer-Perspektive bei der Suche nach der Wahrheit vor Gericht sehr interessant ist.³⁵

Im Plädoyer der Nebenklagevertretung, vorgetragen von dem Kölner Rechtsanwalt Detlef Hartmann, wurde die Täterschaft Lischkas während der „Endlösung“ konsequent aus der Perspektive seines Mandanten Wolfgang Schwarz aufgerollt. Der Vater des Nebenklägers Schwarz war in der NS-Zeit von Köln nach Frankreich geflohen, dort gefangen genommen und von Lischkas Leuten deportiert worden. Er kam in den Gaskammern von Auschwitz zu Tode. Der Bruder des Nebenklägers, Günther Schwarz, war mit anderen Edelweißpiraten 1944 in Köln-Ehrenfeld gehängt worden, genau zu der Zeit, als Lischka in Berlin für das RSHA arbeitete. Ihm unterstand im Referat IV auch die Kölner Gestapo mit dem Sondereinsatzkommando Kütter, das für seine brutalen Aktionen bekannt war.³⁶ Aus der Perspektive von Wolfgang Schwarz war Lischka also nicht „abstrakt“ für die Deportationen aus Frankreich verantwortlich, sondern hatte „konkret“ seinen Vater und seinen Bruder auf dem Gewissen. Indem Hartmann die Karrierestufen in Lischkas beruflicher Laufbahn rekonstruierte, stellte er einen biografischen Zusammenhang her, der bezeugte, dass Lischka ein strategischer Kopf gewesen war, der nah an den Zentren der NS-Macht die Planung und Administration des Völkermords mit abgesichert hatte. Hartmann konnte dieses Plädoyer vor Gericht nicht vollständig halten, da er Punkte ansprach, die nicht zur Verhandlung standen. Aus der Sicht der Opfer hatte er allerdings den Nagel auf den Kopf getroffen. Für sie zerfiel der Völkermord nicht in einzelne Elemente, sondern war nur als ein ausgeklügeltes System denkbar, das von Verantwortlichen wie Lischka strategisch in die Tat umgesetzt worden war. Dass der Angeklagte von all dem nichts gewusst haben sollte, wie er vor Gericht hartnäckig bekundete, musste angesichts seines Berufsweges absurd erscheinen.

Mit der *Freien Jüdischen Stimme* hatten Peter Finkelgruen, Gertrud Seehaus und Henryk M. Broder einen mutigen Vorstoß gewagt. Sie stellten Geschichte aus der Sicht jüdischer Überlebender dar, was in Deutschland Ende der 1970er-Jahre noch nicht gern gehört wurde. So konnten sie zeigen, dass auch Juden in Deutschland die Bestrebungen des Ehepaars Klarsfeld und der französischen Überlebenden für eine konsequente strafrechtliche Verfolgung von NS-Tätern bedingungslos unterstützten. Ihr Engagement wurde von nichtjüdischen Kölnern mitgetragen; insbesondere die *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* (VVN) war bei den Kundgebungen immer wieder dabei.

Am 22. Juni 1979, wenige Monate vor Beginn des Lischka-Prozesses, erschien in der *Frankfurter Rundschau* ein Artikel von Henryk M. Broder mit dem Titel „Aufklärung ist ‚ordnungswidrig‘. In Köln kämpft ein Mann gegen Reste von Holocaust“.³⁷ Broder erzählt hier „eine kleine Geschichte“, die, wie er sagte, „auch woanders in der Bundesrepublik passieren könnte“. Am 2. Juni 1979 hatte der Aktivist Sammy Maedge vom Oberstadtdirektor der Stadt Köln/Amt für öffentliche Ordnung per Post einen sogenannten Anhörungsbogen erhalten. Ihm wurde zur Last gelegt, am 26. Januar 1979 abends mit Plakattafeln vor dem Hauptgebäude des Westdeutschen Rundfunks „auf den Fall des in Köln lebenden – ehemaligen – Obersturmbannführers Lischka und auf Verbrechen der ehemaligen Gestapo im Kölner EL-DE-Haus aufmerksam“ gemacht zu haben. Da keine ordnungsbehördliche Erlaubnis vorgelegen habe, seien damit die Paragraphen 33 und 49 der Straßenverkehrsordnung und die Paragraphen 18 und 50 des Landesstraßengesetzes Nordrhein-Westfalen verletzt worden. Diese kleine Geschichte hatte sich während der Ausstrahlung der Fernseh-

serie *Holocaust* im Januar 1979 abgespielt. Auch wenn die deutsche Bevölkerung positiver auf die Serie reagierte, als Medienforscher dies erwartet hatten, stagnierte die justizielle Vergangenheitsaufarbeitung weiterhin. Sammy Maedge stellte daher die unbequeme Frage, wie ernst man die durch die Fernsehserie *Holocaust* ausgelöste „Erschütterung“ der Bevölkerung nehmen könnte, wenn gleichzeitig Politik und Justiz nicht handelten und verantwortliche NS-Täter wie Lischka immer noch nicht vor Gericht stünden.

Im Dezember 1980 erschien die letzte Ausgabe der *Freien Jüdischen Stimme*. Gertrud Seehaus, Henryk Broder und Peter Finkelgruen hatten die Hoffnung auf eine Mentalitätsveränderung in Deutschland aufgegeben. Der Lischka-Prozess hatte zwar begonnen, aber schaute man sich um, so sprossen Antisemitismus und Rechtsextremismus an allen Ecken. An die Wände der Kölner Universität waren Parolen wie „Alle Juden in die Gaskammer“ geschmiert worden.³⁸ Zwei SS-Scher- gen, die in einem Nebenlager von Auschwitz Häftlinge bestialisch gequält hatten, wurden von dem Vorwurf des Mordes freigesprochen. Die öffentliche Entlastung ehemaliger Nazis in hohen Funktionen war weiterhin üblich, einem jüdischen Sprachwissenschaftler wurde wegen Antisemitismus Asyl in Holland gewährt, und es erschien wahrscheinlich, dass die Bombe vor dem Jüdischen Gemeindehaus in Berlin am 9. November 1969, die einer linken Gruppe anzulasten war, von einem *agent provocateur* des Verfassungsschutzes deponiert worden war.³⁹ Henryk M. Broder hatte zunehmend „Die Nase voll!“⁴⁰ Bereits in der November-Ausgabe der *Freien Jüdischen Stimme* hatte er unter dem Titel: „Ohne mich!“⁴¹ angekündigt, dass er Deutschland den Rücken kehren würde. Enttäuscht war er auch von der Arbeit des *Zentralrats der Juden* und der *Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung*, die seiner Meinung nach keine klaren Positionen vertraten und keine heißen Eisen anpackten. So könne Bundespräsident Carstens am 9. November völlig ungestört die Kölner Synagoge besuchen, und die deutsche Bevölkerung gelte weiterhin als vom Nationalsozialismus verführt und betrogen. Für Broder war damit eine Schamgrenze überschritten. Angesichts dieser erinnerungspolitischen Misere hätten auch die Redakteure der *Freien Jüdischen Stimme* „nicht die Kraft, und nicht die Mittel, den Stall auszumisten“. Ihre Kritik würde sich nur immer wiederholen, und bei dieser „Übung der Vergeblichkeit“ mache er nicht länger mit. Gemeinsam mit Peter Finkelgruen verließ Broder 1981 die Bundesrepublik, um für einige Zeit in Israel zu leben und dort als Redakteur zu arbeiten.

Transnationales Engagement und postmoderne Ethik

Ein nationales Eingeständnis von Schuld und die Bereitschaft, Verantwortung für die Shoah zu übernehmen, wurden in Deutschland erstmalig 1985 durch den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker ausgesprochen und in Frankreich 1995 durch Staatspräsident Jacques Chirac. Der Gedenktag an die *Rafle de Vélodrome d'Hiver* am 16. Juli⁴² und der Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar – 1945 war an diesem Tag das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz befreit worden – sind heute als Ausdruck der Respekt- und Ehrerweisung auch gegenüber den jüdischen Opfern und Überlebenden

Mit dieser Anzeige in der *Freien Jüdischen Stimme* verabschiedeten sich Peter Finkelgruen und Henry M. Broder aus Deutschland.

Freie Jüdische Stimme Nr. 10,
Dezember 1980, S. 12.



fest etabliert. Inzwischen sind auch zentrale Bereiche der deutsch-französischen Kollaboration näher erforscht; dazu gehört beispielsweise die Rolle des Auswärtigen Amtes einschließlich seiner personellen Kontinuitäten in der Bundesrepublik.⁴³ Möglich wurden diese Recherchen und Eingeständnisse, mit immer wieder neuen Rückschritten und Verzögerungen, seit Mitte der 1980er-Jahre. In den 1970er-Jahren musste um diese Anerkennung der jüdischen Perspektive auf die Shoah sowohl in Deutschland wie auch in Frankreich noch heftig gekämpft werden. Serge und Beate Klarsfeld haben zusammen mit den *Fils et Filles des Déportés Juifs de France* (F. F. D. J. F.) diese Entwicklung angestoßen. Ohne das Engagement der *Militants de la Mémoire*, wie sich die Aktivistinnen und Aktivisten selbst nannten, hätten die Aufarbeitung der NS-Deportationsverbrechen in Frankreich und der Kölner Prozess wohl kaum – vor allem nicht in dieser ausführlichen Form – stattgefunden.

Angesichts der Shoah, die auf die Vernichtung der Juden als Kollektiv zielte und damit jegliche Individualität verneinte, muss es vermessen erscheinen, eine homogenisierende Bezeichnung zur Beschreibung der spezifischen Blickweisen der Überlebenden zu wählen. Legitim erscheint es hingegen, Aussagen über die Auswirkungen von Marginalisierungsprozessen zu machen, die Juden auch nach der Shoah in einer mehrheitlich nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft erleben mussten. Die Stimmen der Überlebenden wurden nach dem Krieg eingeeht und lange Zeit aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt.⁴⁴ Auf die Frage, wie man als Jude inmitten der komplexen Gemengelage widersprüchlicher Erinnerungen, bedrohlicher und kränkender Erfahrungen und dem Wunsch, einfach als ein normaler Mensch und auch als Jude akzeptiert zu sein, leben konnte, gibt es keine einfache Antwort. Anti-

und philosemitische Diskurse überlagerten das Gedächtnis der Juden und waren immer verbunden mit der Unsicherheit, ob das eigene marginalisierte Wissen über die NS-Geschichte Gültigkeit beanspruchen konnte und auch Anerkennung finden würde.

Das Engagement des Ehepaars Klarsfeld und der jüdischen Organisation *Fils et Filles des Déportés Juifs de France* hat maßgeblich zur Justierung der „moralischen Grammatik“⁴⁵ der Erinnerungskultur in Deutschland und auch in Frankreich beigetragen. Dabei hatte das ethische Grundverständnis der Aktivisten nach Giorgio Agamben eine spezifische Ausrichtung. Es war nicht religiös geprägt; es handelte sich aber auch nicht um eine „säkulare Ethik (in der betulichen und selbstgerechten Form, wie sie vorherrscht)“. Vielmehr kann diese Ethik als eine „Sphäre betrachtet [werden], die weder Schuld noch Verantwortung kennt“, und damit, philosophisch gefasst, gleichzusetzen ist mit der „Lehre vom glücklichen Leben“.⁴⁶

Was ist damit gemeint? Kann man einen Völkermord ohne Schuld und ohne Verantwortung denken? Und wie kann man in dem Wissen um die Ermordung von Familienangehörigen zufrieden weiterleben? Beate und Serge Klarsfeld haben immer wieder betont, dass es ihnen in ihrem Leben vor allem darum ging, glücklich zu sein. Doch um nach der Shoah privates Glück empfinden zu können, bedurfte es bestimmter Voraussetzungen. Dem Bedürfnis nach Unbeschwertheit ging es, wie wir gesehen haben, nicht darum, Schuld zu verteilen oder sich zu rächen. Auch war klar, dass man aufseiten der Täter die Einsicht in die Übernahme historischer Verantwortung nicht erzwingen konnte. Das Bedürfnis war vielmehr grundlegend positiv ausgerichtet. Es war ein Lebensimpuls, der über Traurigkeit, Erniedrigung und Scham siegen wollte – und dazu das Recht auf freien Ausdruck und ein unbeschädigtes Leben einforderte. Das durch andere erzeugte Leid soll keine Rolle mehr spielen; vielmehr wollte man sich genau davon befreien. Das Engagement für eine gerechte Bestrafung der Täter war also Teil einer emanzipatorischen Arbeit an der jüdischen Identität, das primär bestimmt war als ein Engagement für die Hoffnung und ein Streben nach Glück. Ein Strafprozess gegen Täter schafft, auch in seiner Begrenztheit, die Möglichkeit für Gerechtigkeit. Erst danach konnten in der Gesellschaft die Geschichten der jüdischen Opfer der Shoah öffentliches Gehör und eine entsprechende Anerkennung finden. Eine derart aufklärerische Funktion für die öffentliche Erinnerungskultur hatte auch der Lischka-Prozess.

Anmerkungen

- 1 So wurde Kiesinger in der Fernsehsendung *EX – Was die Nation erregte* im Südwestfunk (Sendedatum leider unbekannt, Kopie im Besitz der Autorin) zitiert.
- 2 Siehe Mathias Waechter/Helmut Schmidt/Valéry Giscard d'Estaing. *Auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre*, Bremen 2011.
- 3 Anne Klein, *Asile, antisémitisme et solidarité: la construction de „l'étranger“ dans les relations franco-allemandes (années 1930–40)*, in: *France – Allemagne. Politiques d'immigration et identités nationales*, Hommes & Migrations (Jan./Feb. 2009) 1277, S. 48–55.
- 4 Mit dem Transport vom 14. August 1942 wurden erstmalig auch Kinder deportiert, die sofort nach ihrer Ankunft in Auschwitz in den Gaskammern ermordet wurden.
- 5 Dokument „Französische ‚Arier‘ tragen den Judenstern“, in: Léon Poliakov/Joseph Wulf (Hrsg.), *Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze*, Berlin 1955, S.423–431, hier S. 429. „Goi“ oder auch „Gojim“ ist angelehnt an die hebräische Bezeichnung für „Volk“ oder „Nation“. Die Bezeichnung gebrauchen vielfach Juden für Nichtjuden.
- 6 Ebenda, S. 428.
- 7 Achte Verordnung über Maßnahmen gegen Juden, 29. Mai 1942, in: F. F. D. J. F. (Hrsg.), *Les Juifs sous l'Occupation. Recueil des Textes officiels Français et Allemands 1940/41*, Paris 1982 (Originalausgabe 1945).
- 8 Dokument in: Poliakov/Wulf (Hrsg.), *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 425.
- 9 Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, 2. Aufl., München 1997.
- 10 Irmtrud Wojak, *Fritz Bauer 1903–1968. Eine Biographie*, München 2009; siehe auch den Film von Iona Ziok, *Death by installments. Tod auf Raten*, CV Films Berlin 2011.
- 11 Theodor W. Adorno/Max Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt a. M. 2003 (zuerst 1944), S. 169.
- 12 Theodor W. Adorno, *Studien zum autoritären Charakter*, hrsg. von Ludwig von Friedeburg, Frankfurt a. M. 1973 (umfassende Originalausgabe der Studie: New York 1950).
- 13 Der Vortrag von Adorno „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?“ von 1957 ist abrufbar in der Philosophischen Audiothek: <http://greule.org/2011/10/10/theodorwadorno-wasbedeutetaufarbeitungdervergangenheit/> (letzter Zugriff am 20. 11. 2011).
- 14 Rede und persönliches Gespräch anlässlich der Verleihung des Giesberts-Lewin-Preises durch die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Köln 17. Dezember 2011.
- 15 So äußerte sich Hermann Lübke 1983 in der Bundestagsdebatte über den „Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein“. Vgl. Anne Klein, *Mentalität – Massenmord – Moral. Rechts- und Geschichtsverständnis in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft*, in: Frank Neubacher/Anne Klein (Hrsg.), *Vom Recht der Macht zur Macht des Rechts? Inter-disziplinäre Beiträge zur Zukunft internationaler Straferichte*, Berlin 2006, S. 161–176.
- 16 Das Archiv befindet sich heute im *Mémorial de la Shoah* in Paris.
- 17 Zit. nach: Gerd Koenen, *Der Muff von tausend Jahren. Ein Aufstand gegen die Kriegsgeneration*, in: Daniel Cohn-Bendit/Rüdiger Dammann (Hrsg.), 1968. *Die Revolte*, Frankfurt a. M. 2007, S. 139–160, hier S. 151.
- 18 Vgl. Anne Klein, *Militants de la Mémoire. Repräsentationen jüdischen Engagements in den 1970er Jahren*, in: *Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust* (2008), S. 126–147.
- 19 Keith A. Reader/Khursheed Wadia, *The May 1968 Events in France. Reproductions and Interpretations*, New York 1993, S. 19.
- 20 Jürg Altwegg, *Die langen Schatten von Vichy. Frankreich, Deutschland und die Rückkehr des Verdrängten*, München/Wien 1998, S. 8.
- 21 Henry Rousso, *Frankreich*, in: Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hrsg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München 2002, S. 253–261, hier S. 255.

- 22 Georges Bensoussan, Der Unterricht über die Shoah im staatlichen französischen Schulwesen, 1945–1990, in: Thomas Lange (Hrsg.), Judentum und jüdische Geschichte im Schul- unterricht nach 1945. Bestandsaufnahmen, Erfahrungen und Analysen aus Deutschland, Österreich, Frankreich und Israel, Wien/Köln/Weimar 1994, S. 95–112, hier S. 102 ff.
- 23 Vgl. zu den späteren Prozessen gegen französische Kollaborateure: Bertram M. Gordon, Col- laboration, Retribution and Crimes against Humanity: The Touvier, Bousquet, and Papon Affairs, in: Contemporary French Civilization 19 (1995) 2, S. 250–274.
- 24 Die Einwanderung der Juden aus der ehemaligen Sowjetunion hat dem jüdischen Leben in Deutschland neuen Auftrieb erteilt. Nach Angaben des *Zentralrats der Juden in Deutschland* sind 2011 ca. 106 000 Gemeindemitglieder registriert.
- 25 Vgl. Martin Löw-Beer, From Nowhere to Israel and Back: The Changing Self-Definition of Periodicals of German-Jewish Youth Since 1960, in: Y. Michal Bodemann (Hrsg.), Jews, Ger- mans, Memory. Reconstructions of Jewish Life in Germany, Ann Arbor: The University of Michigan Press 1996, S. 101–130.
- 26 Das bei Überlebenden durchaus auch vorhandene Bedürfnis nach Rache wird in der Regel tabuisiert. Siehe den Bericht über die Begegnung mit einem jüdischen Überlebenden: Eike Geisel, Das Ende der Schonzeit. Eine deutsch-jüdische Nachkriegsbegegnung, in: ders., Triumph des guten Willens. Gute Nazis und selbsternannte Opfer. Die Nationalisierung der Erinnerung, herausgegeben von Klaus Bittermann, Berlin 1998, S. 148–161. Vgl. zum Versöhnungswunsch auch den Beitrag zum Film *Begegnungen* von Harry Zwi Dreifuss in diesem Band.
- 27 William G. Niederland, Folgen der Verfolgung: Das Überlebenden-Syndrom Seelenmord, Frankfurt a. M. 1990. In diesem Dokumentenband legt der ehemalige Professor für Klinische Psychologie an der State University von New York Gutachten vor, die er für Wiedergutmachungsprozesse verfasst hatte.
- 28 Vgl. Altwegg, Die langen Schatten von Vichy, S. 12.
- 29 Dadurch sollte die justizielle Verfolgung von bereits in Frankreich in Abwesenheit verurteilten Kriegsverbrechern ermöglicht werden.
- 30 Das Ehepaar Klarsfeld hatte vor, Lischka im Kofferraum eines Autos nach Paris zu bringen und ihn dort in sein ehemaliges Arbeitszimmer im Justizpalast zu setzen. Damit sollten die Unterzeichnung des Zusatzabkommens zum Überleitungsvertrag und die Anklage gegen Lischka in Deutschland beschleunigt werden.
- 31 Ein Kölner Justizkrimi, in: Freie Jüdische Stimme (August 1979) 2, S. 8.
- 32 Rainer Aahus u. a., Victor Henry gegen alle – Der Fall Somoskeoy, Bornheim-Merten 1979.
- 33 Peter Finkelgruen, 1942 in Shanghai geboren, kam über Prag und Haifa 1959 in die Bundesrepublik und ging 1981 wieder für einige Jahre nach Israel. Nach 1988 suchte er den Mörder seines Vaters, der in Theresienstadt ums Leben gekommen war. Siehe Peter Finkelgruen, Haus Deutschland, oder: Die Geschichte eines ungesühnten Mordes, Hamburg 1994.
- 34 Henryk M. Broder, Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Berlin 2005, S. 90 ff. (1. Aufl., München 1986). Im Rahmen der Operation Entebbe, einer militärischen Befreiungsaktion in der Nacht vom 3. Juli bis zum frühen Morgen des 4. Juli 1976 auf dem Flughafen von Entebbe in Uganda, beendeten israelische Sicherheitskräfte die Entführung eines Passagierflugzeugs der Air France durch palästinensische und deutsche Terroristen.
- 35 Dieser Prozess hat historische Dimensionen, in: Freie Jüdische Stimme (Februar 1980) 6, S. 4.
- 36 Siehe Peter Finkelgruen, Köln und die Edelweißpiraten, in: haGalil 3. Juli 2011, <http://www.hagalil.com/archiv/2011/07/03/edelweisspiraten/> (letzter Zugriff 10. 1. 2012).
- 37 Henryk M. Broder, Aufklärung ist „ordnungswidrig“. In Köln kämpft ein Mann gegen Reste von Holocaust, in: Frankfurter Rundschau, 22. Juni 1979.
- 38 „Deutschland den Deutschen!“, in: Freie Jüdische Stimme (Dezember 1980) 10, S. 1.
- 39 Vgl. Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.

- 40 Kommentar in: Freie Jüdische Stimme (Dezember 1980) 10, S. 5.
- 41 Freie Jüdische Stimme (Sept./Okt. 1980) 9, S. 8.
- 42 Als *Rafle du Vélodrome d'Hiver* werden die am 16. und 17. Juli 1942 von französischer Polizei durchgeführten Razzien mit Massenfestnahmen in Wohnungen oder auf der Straße bezeichnet. Die Juden wurden in der Wintersporthalle für Fahrradrennen interniert und von dort in die Vernichtungslager im Generalgouvernement deportiert.
- 43 Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.
- 44 Vgl. Salomon Korn, Die fragile Grundlage. Auf der Suche nach der deutsch-jüdischen „Normalität“, Berlin/Wien 2003, S. 13 ff., S. 163 ff.; Y. Michal Bodemann, Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung, Hamburg 1996.
- 45 Vgl. Axel Honneth, Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt a. M. 1992.
- 46 Giorgio Agamben, Was von Auschwitz bleibt. Das Archiv und der Zeuge (Homo sacer III), Frankfurt a. M. 2003 (ital. Originalausgabe 1998), S. 21.